



18.449

**Parlamentarische Initiative
Vonlanthen Beat.
Vielfalt statt Konzentration.
Sicherstellen einer dezentralen
Programmproduktion
durch die SRG**

**Initiative parlementaire
Vonlanthen Beat.
La diversité à la place
de la concentration.
Garantir une production
de programmes par la SSR
qui soit décentralisée**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 11.06.19 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Le président (Fournier Jean-René, président): Un rapport écrit de la commission vous a été remis. La commission propose, par 12 voix contre 1, de ne pas donner suite à l'initiative.

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Was verlangt die parlamentarische Initiative Vonlanthen? Sie können das auch im Bericht, den wir verabschiedet haben, nachlesen: Artikel 27 des Radio- und Fernsehgesetzes soll durch einen neuen Absatz 2 ergänzt werden, der die Festschreibung der Standorte Bern, Zürich, Genf und Lausanne enthält.

Ich bitte Sie, den Text genau zu lesen und bei Ihrem Entscheid darüber zu befinden, was Gegenstand der Initiative ist. Es geht um die Frage, ob die Produktionsstandorte der SRG auf Gesetzesstufe geregelt werden sollen oder nicht. Sollen die angemessenen Rahmenbedingungen im Gesetz festgelegt werden – ja oder nein? Über das Umfeld, in dem die SRG agiert, ist im Vorfeld und nach der Billag-Abstimmung intensiv diskutiert worden. Die Politik – also wir – hat der SRG im Rahmen der Abstimmungskampagne und auch nach der Volksabstimmung vom 4. März 2018 einen klaren Sparauftrag aufoktroziert. Zum einen wurden die Gebühren gesenkt und plafoniert. Zum andern ergab sich der Spardruck durch den Einbruch auf dem Werbemarkt im Umfang von rund 25 Prozent oder 60 Millionen Franken. Das wollen Sie berücksichtigen, wenn Sie die Umsetzung der Sparbemühungen bewerten. Der Leistungsauftrag an die SRG ist dabei nicht etwa kleiner geworden. Sie kennen die Reaktionen, wenn etwas gestrichen wird wie jüngst der Final der Champions League: Bezahlen will man möglichst wenig, Einschränkungen beim Angebot will man aber nicht in Kauf nehmen. Weitere Herausforderungen sind die Digitalisierung und die Bemühungen, der Jugend die Bedeutung der öffentlichen Medien für die Demokratie zu vermitteln und die Programme auch auf neuen Medien so zu gestalten, dass sie die Jugend erreichen.

Ihre Kommission hat mit der SRG-Spitze eine Aussprache geführt. Sie hat sich über die Planung informieren lassen und Fragen gestellt. Wir haben – ich möchte das hier erwähnen – auch den Initianten, Herrn Kollege Vonlanthen, zu diesem Traktandum eingeladen, obwohl das nicht unbedingt so hätte sein müssen. Wir haben das so gehalten.

Ich möchte unterstreichen, dass wir keine Veranlassung haben, die Aussagen und Zusicherungen, die uns gegenüber gemacht wurden, in Zweifel zu ziehen. Wir können aber die SRG in Zukunft daran messen.

Eine zentrale Aussage war, dass die SRG in erster Linie bei der Administration und im Immobilienbereich,





bei den Verwaltungskosten und nicht bei den Inhalten sparen will. Entgegen der verbreiteten Wahrnehmung wird der Standort Bern keineswegs aufgegeben. Bern bleibt für die SRG und für SRF ein zentraler Standort, der sich neu profilieren wird. Bern ist und bleibt das Kompetenzzentrum Inland. Der Standort soll sogar durch Fernsehmitarbeitende sowie durch das Netzwerk der Korrespondentinnen und Korrespondenten in den Deutschschweizer Regionen verstärkt werden. Das Regionaljournal Bern/Freiburg/Wallis bleibt, ebenso das Medienzentrum Bundeshaus.

Bei den Diskussionen über die Pläne der SRG wurde immer wieder auf die Sendung "Echo der Zeit" hingewiesen, die in Bern produziert wird und die dann verlorenginge. Tatsache ist, dass die Sendung schon heute nicht einfach in Bern gestaltet wird. Es ist nicht so, dass all diejenigen, die dort etwas sagen, nach Bern ins Studio reisen und dann ihr Beitrag über den Äther geht. Tatsache ist, dass schon heute die Sendung nicht einfach nur in Bern gestaltet wird, sondern dass die Sendung viele Beiträge von vielen Korrespondentinnen und Korrespondenten aus den Regionen und aus dem Ausland erhält.

Dass diese sicher und schnell vor Ort berichten können, ist Ziel der SRG. Wenn die Organisation und Koordination der Produktion zwischen den Unternehmenseinheiten vereinfacht werden – nur darum geht es beim Newsroom –, dann können viele Mitarbeitende mobil von unterwegs oder von Arbeitsplätzen daheim oder aus einem Hotel oder von wo auch immer berichten.

Das gilt in besonderer Weise für das Radio. Ich erlaube mir, Frau Nathalie Wappler zu zitieren. Sie hat in der Kommission gesagt: "Das technische Entwicklungszentrum an einem Ort zu konzentrieren macht aus Effizienz- und Spargründen aber Sinn, denn dadurch werden die journalistischen Ressourcen vor Ort geschont." Bei der Debatte war es denn auch ein besonderes Anliegen Ihrer Kolleginnen und Kollegen in der Kommission zu hören, wie es um die Regionen bestellt sein soll. Es wurde uns versichert, dass die Präsenz in den Regionen verstärkt werden soll, aber auch, dass der Verteilschlüssel für die Regionen absolute Priorität habe, weil man nicht zulasten der kleinen Regionen sparen wolle. Ich erlaube mir ein weiteres Zitat, nun des Generaldirektors, Gilles Marchand: "Vielleicht schonen wir die kleinen Regionen sogar etwas mehr als die anderen, weil wir die Dezentralisierung und den Föderalismus unbedingt respektieren wollen."

Der Teilumzug des Radiostudios Brunnenhof ist im Übrigen mit einer Audiostrategie verbunden, um die guten Radioinhalte noch breiter anbieten zu können. Bisher gab es noch keine Audiothek. Das Publikum möchte aber die Audioformate mit Hintergrundinformation mehr abrufen können, und zwar zu jeder beliebigen Zeit, die ihm passt. Wenn Sie ein Radiointerview geben, dann werden Sie auch noch für den Bildschirm aufgenommen. Das wird dann online gestellt, und das hört man dann nicht nur am Radio, wenn das Regionaljournal oder eine Sendung wie "Echo der Zeit" oder was auch immer kommt, sondern das können dann die Konsumenten hören, wann immer sie wollen – und dann werden Sie erst noch gesehen. Sie müssen wissen: Wenn Sie in Zukunft ein Radiointerview geben, dann müssen Sie sich gut

AB 2019 S 367 / BO 2019 E 367

präsentieren können; man sieht Sie dann auch bei dem, was Sie dort sagen.

Ich möchte noch zu Aussagen wie "Beim Radio und TV arbeiten bald fast alle Journalistinnen und Journalisten in Zürich" Folgendes sagen: Tatsache ist, dass in etwa gleich viele Journalisten von Zürich nach Basel in das neue Kulturzentrum wechseln werden wie von Bern nach Zürich beim geplanten Umzug des Radiostudios. Tatsache ist, dass die Anzahl Journalisten am Standort Zürich mit dem Umzug des Radiostudios nicht wächst; sie bleibt nach den Verschiebungen insgesamt stabil.

Gemäss Aussagen der SRG werden weitere Redaktoren und Redaktorinnen der Inlandredaktion nach Bern kommen. Darüber hinaus wird das Korrespondentennetz der Deutschschweiz ausgebaut. Auch soll gemäss Aussagen der SRG eine neue mehrsprachige Redaktion in Bern geschaffen werden, die alle Kanäle und Sendegefässe in allen vier Landessprachen beliefern soll. Es wird auch keine Einheitsredaktion mit einem Einheitsbrei über alle Kanäle – Radio, Fernsehen, online – geben. Die SRG ist sich ihrer Verantwortung bewusst und weiss, dass sie Rücksicht auf die Medienvielfalt und die Medienproduktionsvielfalt in der Schweiz nehmen muss.

Es wird auch weiterhin zwei voneinander unabhängige Chefredaktionen – Radio und TV – geben. Ausserdem bleibt die SRG mit 7 Haupt- und 17 Regionalstandorten in der Schweiz ein sehr dezentral aufgestelltes öffentliches Medienhaus und möchte dies auch bleiben. Die Erfahrungen von RTS und RTSI zeigen, dass es gut möglich ist, gute Modelle der Zusammenarbeit zwischen Radio und Fernsehen zu finden, die die Vielfalt und Qualität der Informationsberichterstattung optimal sicherstellen.

Die Gewohnheiten des Publikums ändern sich. Es richtet sich immer mehr auf das digitale Angebot aus, welches Audio und Video in der A-la-carte-Nutzung immer stärker vermischt. Die stark wachsende Konkurrenz anderer digitaler Anbieter hat Auswirkungen auf den Medienplatz Schweiz, insbesondere beim jungen Publi-



kum. Eine grosse Herausforderung für die SRG ist es, den Leistungsauftrag und die Werte des Service public in einem sich radikal verändernden digitalen Umfeld auch langfristig garantieren zu können. Sie können das jetzt glauben oder nicht – auf alle Fälle können Sie die SRG daran messen.

Die Kommission jedenfalls anerkennt, dass die SRG ihre Sparbemühungen insbesondere auf die Infrastruktur und die Administration konzentriert und nicht auf das journalistische Angebot und dass sie den Herausforderungen der Digitalisierung verantwortungsvoll Rechnung trägt. In den Augen der KVF sind daher die mediale Vielfalt und die journalistische Qualität auch mit der Verlagerung eines Teils der Radioredaktion von SRF von Bern nach Zürich nicht in Gefahr.

Ausserdem ist die Kommission der Meinung, dass die Frage der Produktionsstandorte nicht auf Gesetzesstufe geregelt werden soll. Zu Recht ist in der Kommission die Frage gestellt worden: Weshalb wird nicht Luzern erwähnt, weshalb nicht Basel, weshalb nicht Chur, weshalb nicht Lugano, weshalb nicht Delémont?

Die Kommission beantragt Ihnen daher mit 12 zu 1 Stimmen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Erlauben Sie mir noch eine persönliche Bemerkung – ich zitiere hier die "NZZ" -: Mir scheint es, dass es hier um einen "mit staatspolitischen Argumenten veredelten Kampf um lokale Interessen bzw. Arbeitsplätze" geht. Bitte folgen Sie Ihrer Kommission!

Vonlanthen Beat (C, FR): "Wichtig für uns ist die hohe Dezentralisierung unserer Organisation: Die SRG hat Studios und Produktionsstätten in allen Regionen, weil wir den Schweizer Föderalismus perfekt widerspiegeln. All das ist teuer, aber wichtig für die Legitimität."

Wissen Sie, wer diese Aussage vor etwas mehr als einem Jahr, nämlich am 3. März 2018, also einen Tag vor der Abstimmung zur No-Billag-Initiative, geprägt hat? Sie werden es nicht erraten können, denn der damals frischgebackene SRG-Generaldirektor Gilles Marchand könnte diese Aussage nach dem Zentralisierungsentscheid des SRG-Verwaltungsrates heute so nicht mehr – oder wenigstens nicht mehr ohne schlechtes Gewissen – äussern.

Ich weiss es: Heute besprechen wir einen parlamentarischen Vorstoss, der dem Präsidenten der KVF und auch einem überwiegenden Teil der Mitglieder dieser Kommission gegen den Strich geht. Ihre Position haben sie klar zum Ausdruck gebracht; sie kann etwa wie folgt auf den Punkt gebracht werden: "Circulez, il n'y a rien à voir! Die SRG-Oberen handeln korrekt, wir wollen sie in ihrem strategischen und operativen Wirken nicht einschränken."

Man hat mir denn auch von verschiedener Seite bedeutet, die parlamentarische Initiative zurückzuziehen. Ich mache es, zumindest vorerst, noch nicht, obwohl ich weiss, dass die Initiative wohl kaum eine Mehrheit in diesem Rat finden wird. Ich will, dass wir heute wenigstens über die Thematik diskutieren, weil viele Schweizerinnen und Schweizer – nicht nur Bernerinnen und Berner oder Personen aus der Hauptstadtregion – sowie viele direkt betroffene Journalistinnen und Journalisten sich angesichts des kompromisslosen Entscheids der SRG-Oberen, die Produktion der Radioinformationssendungen in Zürich zu konzentrieren, ohnmächtig fühlen. Ich will daher hier nochmals einen Alarmschrei ausstossen, denn die SRG ist nicht ein privates Medienunternehmen: Die SRG finanziert sich zu einem grossen Teil über Gebühren, und da muss der Service-public-Auftrag der SRG mit grosser Sorgfalt umgesetzt werden.

Ein privates Unternehmen kann seine strategischen Entscheidungen uneingeschränkt treffen, die gebührenfinanzierte SRG klar nicht. Sie hat sich daher gerade im Rahmen der Abstimmungskampagne zur No-Billag-Initiative zu einer dezentralen Struktur verpflichtet. An dieser Stelle zitiere ich Jean-Michel Cina, der in einem Interview vom 4. Oktober 2017 bekannte: "Medienvielfalt ist eben auch so zu verstehen, dass in den Regionen noch jemand vorhanden ist, der eine unabhängige und ausgewogene Berichterstattung leistet, die dem Publikum und der Zivilgesellschaft verpflichtet ist." Diese klaren Bekenntnisse gelten heute nicht mehr. Ich sage Ihnen mit einer gewissen Traurigkeit, dass ich diese sture und kompromisslose Haltung der SRG nicht verstehe.

Nationalrat Kurt Fluri hat es pointiert ausgedrückt: Dieser Zentralisierungsentscheid sei ein Schlag ins Gesicht aller SRG-Unterstützer. Der Zentralisierungsentscheid ist vor allem auch kurzfristig, weil die SRG selber, angesichts der grossen Herausforderungen der nächsten Jahre in der Medienwelt, wo kein Stein mehr auf dem anderen bleiben wird, mehr denn je auf die Unterstützung und das Verständnis der Politik angewiesen sein wird.

Die parlamentarische Initiative ist daher ein erneuter, verzweifelter Versuch, die SRG zum Gespräch, zum Dialog mit der Politik zu motivieren. Eine Annahme würde es erlauben, die Thematik zu vertiefen und eine geeignete Kompromisslösung zu finden, ohne dass das Vorhaben der nachteiligen Zentralisierung in Zürich und der verheerenden Marginalisierung der Hauptstadtregion umgesetzt wird.

Gleichzeitig möchte ich betonen, dass es heute nicht nur um einen Standortentscheid von Redaktionen oder



gar um Regionalpolitik geht. Es geht um die folgende, viel grundsätzlichere Frage: Wollen wir, dass im medialen Service public die gleiche problematische Entwicklung von Vielfalt zu Konzentration einsetzt wie in den privaten Medien? Oder wollen wir unsere politische Verantwortung wahrnehmen und sicherstellen, dass die Schweiz auch in Zukunft über einen regional verankerten, der Vielfalt unseres Landes entsprechenden medialen Service public verfügt?

Dies ist der Kern des Vorstosses, den wir heute beraten. Aus den folgenden drei Gründen bitte ich Sie, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben:

1. Redaktionelle Konzentration geht auf Kosten der Vielfalt. Im Oktober des letzten Jahres veröffentlichte die Universität Zürich ihr Jahrbuch "Qualität der Medien 2018". Die Autoren kommen zum Schluss, dass sich im letzten Jahr der digitale Strukturwandel im Medienbereich akzentuiert hat. Die Hauptmerkmale der laufenden Entwicklung sind die immer grössere Medienkonzentration, die Entstehung von Zentralredaktionen und die Abnahme der Anzahl Beschäftigter im Medienbereich. Das Jahrbuch analysiert detailliert das

AB 2019 S 368 / BO 2019 E 368

von vielen privaten Medien bereits umgesetzte und von der SRG mit dem beschlossenen Umzug angestrebte Konzept der Zentralredaktion. Die Untersuchung kommt zum Schluss, dass Zentralredaktionen erstens die publizistische Vielfalt in der Schweiz deutlich reduzieren, zweitens die Themen- und Perspektivenvielfalt einschränken, drittens den publizistischen Wettbewerb als unverzichtbare Voraussetzung für Qualität stark beeinträchtigen und viertens den regionalen Blick schwächen. Die Autoren des Jahrbuchs verweisen auf die demokratiepolitische Relevanz dieser Entwicklung und halten fest, dass Zentralredaktionen zu einer zunehmend gleichförmigen Berichterstattung führen.

Ich denke, dass wir alle die Auffassung teilen, dass diese Tendenz angesichts der staatspolitischen Bedeutung der Medienvielfalt in einem direktdemokratischen Land äusserst problematisch ist. Vor diesem Hintergrund ist absolut unverständlich, dass die SRG als gebührenfinanziertes öffentliches Unternehmen auf das gleiche problematische Modell einer Zentralredaktion setzt.

Mit der von der parlamentarischen Initiative geforderten gesetzlichen Verankerung einer dezentralen Organisation im redaktionellen Bereich stellen wir sicher, dass die bei privaten Medien bereits vorherrschende Fehlentwicklung zulasten der Medienvielfalt nicht auch die SRG erfasst.

2. Die Frage des Standorts kann nicht vom publizistischen Inhalt getrennt werden. In den Diskussionen über den Zentralisierungsentscheid betont die SRG-Spitze immer wieder, dass es ihr darum gehe, ihre Sparbemühungen auf die Infrastruktur und nicht auf das journalistische Angebot zu konzentrieren. Dies ist auch die mehrheitliche Analyse der KVF, wie sie der Präsident soeben kundgetan hat. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen in der Medienlandschaft komme ich nicht darum herum, diese Sichtweise zu hinterfragen. Die Frage des Standorts, das heisst der Infrastrukturen, um den Begriff der SRG-Spitze zu gebrauchen, kann nicht vom publizistischen Inhalt getrennt werden. Die Analysen im bereits erwähnten Jahrbuch "Qualität der Medien 2018" zeigen eindeutig auf, dass eine geografische und organisatorische Konzentration von Redaktionen unweigerlich auch eine Angleichung der Inhalte nach sich zieht. Im Gegensatz dazu sorgen räumlich und örtlich getrennte unabhängige Redaktionen für publizistische Vielfalt. Dies gilt auch für die SRG.

In Bezug auf den konkreten Fall des Umzugs des Radiostudios von Bern nach Zürich scheint mir offensichtlich, dass Medienschaffende, die ihren Lebensmittelpunkt in der Region Zürich haben, redaktionelle Themen mit einem anderen Fokus angehen als ihre Kollegen in Bern und in der Westschweiz.

Es ist deswegen reine Augenwischerei, den Konzentrationsprozess als Sparmassnahme im Infrastrukturbereich darzustellen und so zu tun, als hätte die Massnahme keine Auswirkungen auf die publizistischen Inhalte. Eine solche Darstellung hält keiner seriösen Analyse stand und zeugt von einem absoluten Unverständnis bezüglich des aktuellen Wandels in der Medienlandschaft. Angesichts des digitalen Wandels und des Konzentrationsprozesses im Bereich der privaten Medien ist die föderalistische Schweiz mehr denn je auf eine SRG angewiesen, die auch und vor allem im redaktionellen Bereich dezentral organisiert ist.

3. Das Parlament steht in der Verantwortung. Die parlamentarische Initiative stellt nicht einen Eingriff in die unternehmerische Freiheit der SRG dar. Das Radio- und Fernsehgesetz sowie die SRG-Konzession enthalten bereits heute Bestimmungen, die sich direkt auf die Produktionsstandorte beziehen und damit die Erwartungen von Bundesrat und Parlament in diesem Bereich konkretisieren. Artikel 27 RTVG verankert den föderalen Gedanken in Bezug auf die Programmproduktion, indem festgelegt wird, dass Programme in der Sprachregion produziert werden müssen, für die sie bestimmt sind. Artikel 3 der geltenden Konzession verpflichtet die SRG, in ihrem publizistischen Angebot die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone zu berücksichtigen.

Die von der parlamentarischen Initiative geforderte gesetzliche Präzisierung der Produktionsstandorte ent-



spricht voll und ganz diesem regulatorischen Ansatz und erweist sich angesichts des von der SRG angestrebten Konzentrationsprozesses als unerlässlich. Zudem weise ich darauf hin, dass sich der Gesetzgeber in anderen Bereichen wiederholt zu Standortfragen geäußert hat, namentlich zum Poststellennetz oder auch zur Struktur von Agroscope.

Im vorliegenden Fall steht das Parlament in der Verantwortung, die gesetzlichen Grundlagen in einer Weise zu konkretisieren, die sicherstellt, dass die SRG auch in Zukunft ihrem Auftrag entsprechend den Föderalismus und die Medienvielfalt stärkt und dazu im redaktionellen Bereich eine dezentrale Struktur aufrechterhält.

Zusammenfassend: Beim Zentralisierungsentscheid der SRG geht es um weit mehr als nur um eine Standortfrage. Die Schaffung einer Zentralredaktion in Zürich ist eine ganz wesentliche medienpolitische Weichenstellung. Die SRG nimmt mit dieser Entscheidung eine Verarmung des publizistischen Angebots in Kauf, ungeachtet ihrer besonderen Verantwortung als Service-public-Unternehmen und der während der No-Billag-Kampagne gemachten Versprechen. Angesichts dieser Situation ist die parlamentarische Initiative ein dringend notwendiges politisches Signal an das SRG-Management, der betriebswirtschaftlichen Logik nicht den Vorrang vor der staatspolitischen Verantwortung zu geben. Die konkrete Ausgestaltung der gesetzlichen Bestimmungen kann in der zweiten Phase immer noch angepasst werden, falls die vorliegende Formulierung als zu stringent beurteilt wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie inständig, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

Rechsteiner Paul (S, SG): Ich möchte hier sagen, dass ich in der Kommission die dissidente Stimme war, und zwar nicht deshalb, weil ich die Argumentation der Kommissionsmehrheit nicht mittrage, dass es nicht unbedingt angezeigt sei, Standorte per Gesetz festzuschreiben und zu definieren. Es sind nicht in erster Linie die regionalpolitischen Gründe, die jetzt hier auch von Kollege Vonlanthen dargelegt wurden, die mich veranlasst haben, einen abweichenden Standpunkt einzunehmen, sondern es sind die medienpolitischen Besorgnisse, die auch in der Initiative Vonlanthen zum Ausdruck kommen.

Es ist so, dass es in der Schweiz – wir erhalten ja jeweils die Gewichtung der Information, der Qualität der Information, der Relevanz der Information – eigentlich zwei Flaggschiffe gibt, die allen anderen Medien weit voraus sind. Es sind das "Echo der Zeit" und das "Rendez-vous". Diese sind für bedeutende Teile der Deutschschweizer Bevölkerung die tragenden Informationskanäle. Sie schneiden deutlich besser ab als andere Informationskanäle. Sie sind viel relevanter und unerreicht.

Das dürfen wir in einer Zeit, in der die audiovisuellen Kanäle, die Information – auch hochwertige Information – vermitteln, unter Druck sind und in der die Printmedien, das gedruckte Wort, auch unter Druck sind, nicht unterschätzen. Information ist ja die Basis des demokratischen Prozesses. In diesem Sinne geht es um eine sehr sensible Angelegenheit.

Die Eigenständigkeit des Audiokanals, die Eigenständigkeit der Radioinformation ist – so meine ich – ein wertvolles Gut. Nicht von ungefähr kommen Medienwissenschaftler, aber auch die Verbände der Journalistinnen und Journalisten, der Medienschaffenden selber zum Schluss, dass es von grosser Bedeutung ist, die Eigenständigkeit des Informationskanals via Radiomedien zu wahren. Es ist unbestritten, dass der Radioinformation – beim ganzen Druck, dem die audiovisuellen Medien und die Printmedien unterliegen – eine tragende Bedeutung zukommt und dass sie sogar eine steigende Bedeutung hat, in Zeiten, in denen die Informationsvermittlung via Podcast eine ganz neue Bedeutung gewinnt. Es ist auch sehr positiv zu vermerken, dass die SRG selber mit der Audiostrategie hier neue Schwerpunkte setzen will. Die Qualität dieses Radioangebots hängt aber letztlich auch mit einer eigenständigen Radiostrategie zusammen. Medienpolitisch ist es eine besorgniserregende Entwicklung, wenn das alles – zumindest was die Leitmedien betrifft – zusammengelegt und in Zürich beim Fernsehstandort der SRG SSR zentralisiert werden soll.

AB 2019 S 369 / BO 2019 E 369

In diesem Sinne meine ich, dass die parlamentarische Initiative Vonlanthen ein berechtigtes Anliegen aufnimmt. Es geht darin um eine strategische Orientierung, die den Gesetzgeber durchaus mitbetrifft. Es geht bei dieser medienpolitischen Ausrichtung ja um den Service public in diesem Bereich und nicht einfach um eine operative Frage.

Es ist unbestritten, dass die SRG unter dem Druck der wirtschaftlichen Bedingungen sparen muss. Rückblickend können wir von Glück reden. Es ist auch ein grosses Verdienst der aus dem Amt geschiedenen Frau Bundesrätin Leuthard, dass jetzt die Gebührenfinanzierung geräteunabhängig ausgestaltet worden ist. Das ist eine sehr wichtige Entscheidung der letzten Jahre, es ist eine der wichtigsten Entscheidungen, auch angesichts des sehr knappen Resultats in der Volksabstimmung. Es ist das politische Verdienst des Bundesrates und dieses Parlamentes, dass diese neue Grundlage geschaffen worden ist. Auf der anderen Seite geht es



darum, dass damit Inhalte produziert werden, die die Basis der Information in der Schweiz darstellen. Der Spauftrag ist grundsätzlich unbestritten, und das gilt auch für den effizienten Mitteleinsatz. Aber letztlich – und das ist vielleicht auch das Problem in der Wahrnehmung des Abstimmungsergebnisses über die No-Billag-Initiative, das aufgrund eines engagierten Abstimmungskampfes absolut klar war – hat das Abstimmungsergebnis nicht in erster Linie gesagt, dass die SRG nun heruntergespart werden muss. Sondern es war ein Bekenntnis des Schweizer Volkes zu guten Informationsmedien, zu einem guten und starken öffentlich-rechtlichen Sender, und zwar audiovisuell wie eben vor allem auch im Bereich der Radioinformation.

Ich selber war im Zusammenhang mit diesem Abstimmungskampf stark engagiert, wie es auch die Personalverbände und die Gewerkschaften in diesem Abstimmungskampf waren. Es hat sich gezeigt: Die Verankerung unseres Radios mit den Leitinformationssendungen "Echo der Zeit" und "Rendez-vous" am Mittag ist in der Bevölkerung sehr stark. Das war auch der Hintergrund für dieses Abstimmungsergebnis. In diesem Sinne geht die parlamentarische Initiative Vonlanthen in die richtige Richtung. Ich meine das weniger wegen des direkten regionalpolitischen Aspekts. Es ist eine offene Frage – hier teile ich die Kritik des Kommissionspräsidenten –, wie sinnvoll es ist, einen bestimmten Standort im Gesetz zu fixieren. Aber die Besorgnis geht in die richtige Richtung, wenn diese Entscheide der SRG-Spitze jetzt doch infrage gestellt werden.

Die SRG-Spitze wäre gut beraten, diese Grundsatzfrage noch einmal zu überlegen und nicht darauf zu warten, dass am Schluss politische Entscheide dazu führen müssen, dass diese Standortentscheide hier noch einmal in Wiedererwägung gezogen werden. Wir haben mit guten Gründen richtige, wichtige Entscheide bei der Gebührenfinanzierung getroffen. Ihnen müssen aber entsprechende Entscheide folgen, bei denen es um die Informationsvermittlung geht.

Wicki Hans (RL, NW): Der Verwaltungsrat der SRG hat im letzten September entschieden, die Studios von Bern nach Zürich zu verlegen. Mit der parlamentarischen Initiative will jetzt unser Kollege Vonlanthen so quasi eine Art Hilferuf der Politik zum Ausdruck bringen und dabei selbstverständlich, und das macht er ja gut, die Alarmglocken entsprechend läuten. Mit der angekündigten Reorganisation will die SRG aber lediglich ihre Immobilienkosten reduzieren und damit einen wesentlichen Beitrag zum geforderten Sparprogramm leisten, das im Rahmen der No-Billag-Initiative immer wieder zum Thema wurde.

Ich gebe Ihnen schon Recht, Kollege Rechsteiner, das war nicht das matchentscheidende Thema, aber es wurde auch von der SRG selbst in verschiedenen Gesprächen im Fernsehen und am Radio thematisiert. Es wurde auch immer wieder gesagt, sie probiere, alles zu unternehmen, damit diese Gebühren nicht noch höher würden usw. – weil diese Angst natürlich bestand. An diesem Punkt wurde auch ein Sparprogramm initiiert, das eben nicht bei der Qualität und der Leistung, sondern im Immobiliensektor erfolgt. Ich denke, dagegen kann man ja nichts haben.

Nun, unser Kollege Vonlanthen will jetzt einfach die gebührenfinanzierte SRG zwingen, die Informationsdienstleistungen an verschiedenen Standorten zu produzieren. Er glaubt, dass dadurch die regionale Verankerung sowie der föderale Charakter der SRG als Service-public-Unternehmen hervorgehoben werden. Kollege Vonlanthen, diesen Eingriff in die unternehmerische Freiheit, den wir schon bei der Post, bei SBB Cargo, aber auch bei Agroscope vorgenommen haben, den sollten wir, denke ich, jetzt einfach nicht wiederholen. Die Politik kann nicht finanzielle Zielvorgaben machen und qualitative Ziele stecken und dann auch noch sagen, wo die Unternehmen dies bitte zu erledigen haben. Wichtig für den Föderalismus und auch unsere Demokratie ist doch eher, dass die Regionen bei den Programminhalten gut berücksichtigt werden und die Darstellung der Inhalte korrekt und ausgewogen ist.

Aber Kollege Vonlanthen glaubt, dass, wenn an verschiedenen Orten produziert wird, dann auch alles berücksichtigt wird. Ich muss Ihnen leider sagen: Das ist natürlich bereits heute schon nicht der Fall. Heute wird der Entscheid einfach – neudeutsch gesprochen – an einem Decision Desk getroffen und morgen dann in einem Newsroom. Wo ist hier bitte der Unterschied?

Es wird nie alles ausgestrahlt, was in den Regionen aufgenommen wird. Irgendein Entscheid muss immer getroffen werden, heute wie morgen. Wir brauchen eigentlich nicht viele SRG-Meinungen. Oder würden wir dann glauben, wir hätten eine Medienvielfalt? Wir bräuchten viele, viele verschiedene Medienhäuser, die im Wettbewerb zueinander stehen würden. Aber dafür ist anscheinend der Markt Schweiz etwas zu klein, und daran kann auch die parlamentarische Initiative Vonlanthen leider nichts ändern.

Ich bitte Sie dementsprechend, die Mehrheit der Kommission zu unterstützen.

Français Olivier (RL, VD): Je me permets de revenir un tout petit peu en arrière au sujet des débats que nous avons eus sur le service public et en particulier sur la SSR et les médias en général. La base de la réflexion, tant dans notre conseil qu'au sein du Conseil fédéral, c'est la votation de 2015 sur la modification de la loi



fédérale sur la radio et la télévision qui, je le rappelle, à l'adresse de certains de nos collègues, en particulier de l'auteur de l'initiative parlementaire, Monsieur Vonlanthen, a été acceptée avec une différence de 4000 voix, soit par 50,1 pour cent contre 49,9 pour cent des votants. Qu'est-ce qui s'est dit durant cette période? Il y a eu des attaques très dures contre le service public, et surtout contre les moyens alloués au service public.

Par la suite, il y a eu l'initiative "No Billag". Là, on a inversé complètement les choses, puisque lors de cette votation, on a entendu très clairement que la population avait la volonté de soutenir la SSR et le principe même du financement du service public et des radios privées; l'initiative a été rejetée par 71,6 pour cent des votants. Lors de ces campagnes, on a parlé de moyens financiers, d'une redistribution des moyens, et, en particulier dans le cadre de "No Billag" et dans l'attente d'une révision législative, de donner plus de moyens aux radios et télévisions privées. Quelle a été la première décision du Conseil fédéral? Elle a été de limiter les moyens du service public, de les diminuer de 100 millions de francs. Ensuite, il a décidé que la redevance était trop élevée et qu'elle devait être diminuée de façon importante, puisqu'elle sera désormais de l'ordre de 350 francs par année au lieu de plus de 400 francs auparavant.

La conséquence directe, pour l'exploitant, c'est qu'il doit revoir son plan d'affaires. Cela paraît légitime. Mais, pour ce faire, sa marge de manoeuvre est assez restreinte. Il peut d'abord réduire ses programmes, ce qui a des conséquences sur la diffusion dans les régions à fortes minorités, celles-ci n'étant pas forcément linguistiques. L'exploitant peut aussi procéder à une réduction massive des emplois. Enfin, il peut réduire son infrastructure par la concentration des moyens. Il n'y a pas d'autre solution. Une autre option serait de maintenir la redevance à son niveau actuel et de conserver les moyens donnés à la SSR. La logique même consistant à ce

AB 2019 S 370 / BO 2019 E 370

que la SSR revoie son plan d'affaires est donc parfaitement légitime.

En commission, nous avons appris qu'une révision globale des zones de production et, surtout, des infrastructures de la SSR était en cours. Selon la projection il y aura une réduction de 25 pour cent des infrastructures à disposition de la SSR dans le but de concentrer les moyens. Cela aura bien sûr des conséquences, comme dans ma région où, il y a une dizaine d'années, une zone décentralisée de la SSR, où l'activité était purement régionale, a été supprimée pour regrouper tous les moyens à Lausanne. La même chose a été réalisée à Sion et à Genève. Je parle ici du fameux projet de convergence.

D'ailleurs, quand Monsieur Gilles Marchand, le nouveau directeur général, a été nommé, c'était dans le but, avec l'équipe de la SSR, d'optimiser les infrastructures et les moyens de diffusion. Voilà la mission donnée.

Est-ce que nous, politiques, pouvons intervenir dans la modification des infrastructures? Certes, mais alors nous devrions faire la même chose quand il y a des modifications structurelles aux CFF ou à la Poste.

Il y a une gouvernance définie et une marge de manoeuvre à laisser à l'entreprise pour qu'elle parvienne à atteindre les objectifs. Les objectifs fixés par le Conseil fédéral sont clairs: limitation du montant de la redevance; maximum de moyens alloués à la SSR. Elle doit faire avec ce qu'on lui donne.

Il est clair que nous pouvons nous inquiéter des conséquences. Je partage tout à fait cette inquiétude, au même titre que Monsieur Vonlanthen et cinq autres collègues du Conseil national qui ont déposé le même type d'initiative parlementaire.

Ce que je constate, c'est que les sept studios principaux sont conservés. Ce que je constate, c'est que 17 bureaux régionaux – comme cela nous a été expliqué lors de la rencontre que nous avons eue avec la direction de la SSR – sont conservés. Donc, ce qui est très important, c'est que la présence de la SSR en Suisse et dans toutes les régions soit conservée. Cela représente sept studios principaux, je le rappelle, et 17 bureaux régionaux. Donc, ils existent.

Il est donc clair que la source de l'information reste régionale. Par contre, il y a une concentration de la diffusion, ce qui est très important. Il est nécessaire de concentrer la diffusion, d'abord parce qu'elle coûte très cher, parce que nous ne sommes plus au temps de la télévision que nous regardions quand nous étions plus jeunes, par exemple dans les années 1960 et 1970. Maintenant, nous sommes à une époque où, pour être sûr que la population suive l'information, l'objectif, ce sont les médias Internet, tout ce qui tournera autour des effets de la numérisation sur le paysage audiovisuel. C'est cela qui est important. D'ailleurs, la SSR a fait au Conseil fédéral une proposition consistant tout simplement à regrouper ces moyens basés sur l'innovation deux centres, dans deux régions spécifiques.

Je le dis à l'intention de certains d'entre vous: je ne nie pas le fait que parfois il y a des choses qui, dans nos régions, déplaisent à d'autres régions. Par exemple, il n'y a pas si longtemps, un programme de recherche très important a été transféré de mon canton, vers un autre canton avec des conséquences notamment sur l'emploi, mais nous ne nous sommes pas ingérés dans cette mutation structurelle puisqu'il était important que les moyens soient répartis tout en gardant une cohérence par rapport aux milieux de la recherche, tel que cela



était proposé par l'institution concernée.

Ce n'est pas notre rôle d'intervenir dans cette modification structurelle. Je ne peux que vous recommander de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire Vonlanthen.

Savary Géraldine (S, VD): Cher Monsieur Vonlanthen, quand je vous entends, j'ai un peu l'impression d'entendre un amoureux déçu par sa fiancée! (*Hilarité*) Le contenu de l'intervention de Monsieur Rechsteiner va un peu dans le même sens et consiste à dire que vous vous êtes fortement mobilisés pour soutenir le service public, pour le sauver des attaques auxquelles il devait faire face. Or, voilà que, quelques mois plus tard, cette merveilleuse fiancée que vous avez sauvée du danger se trouve dans la situation de devoir partir pour Zurich. Effectivement, c'est une déception – manifestement profonde; une déception que je pourrais par ailleurs partager.

Les inquiétudes et les préoccupations que vous avez exprimées dans votre initiative, nous les avons exprimées en commission et nous les exprimons aussi dans le débat politique et public auquel participent les populations de nos cantons respectifs. Quid des emplois? Les décisions de la SSR se justifient-elles du point de vue de l'emploi? Allons-nous devoir faire face à une forme de monoculture de l'information au sein du service public, à l'expression uniforme de l'information par une entreprise qui occupe une place énorme dans un paysage médiatique chamboulé? Allons-nous être confrontés à une situation de monopole malgré tout, qui exige de la SSR un certain nombre de promesses et de réalisations ainsi que le respect du rôle qui lui est octroyé?

Je comprends les inquiétudes exprimées mais, pour rester dans la métaphore de l'amoureux déçu, je reprendrai le proverbe français: "Qui trop embrasse mal étreint." C'est quelque chose que, sans doute, vous savez et, en l'occurrence, si votre initiative parlementaire est assurément pleine de bonnes intentions et, sans doute, met le doigt sur des préoccupations et des inquiétudes légitimes, les réponses que vous donnez à ces inquiétudes sont à mon avis contre-productives.

Tout d'abord – et cela a été rappelé par mon collègue Olivier Français –, il y a la question de la territorialité de l'information. Il n'y a pas besoin d'être un spécialiste des nouveaux médias pour se rendre compte que cette territorialité est en train de disparaître, voire qu'elle n'existe déjà plus, et que l'information circule. C'est la manière dont elle est produite plutôt que le site de production qui prime. Or vous fixez véritablement ces sites de production dans votre initiative, ce qui est à notre avis contre-productif.

La situation a évolué au fil du temps. Par le passé, Lausanne s'est trouvée dotée de la radio, mais ce n'était pas acquis d'avance – il me semble que la discussion portait aussi sur Genève. Les choses se sont passées de cette manière, et peut-être que dans vingt ans, le canton de Fribourg accueillera des nouveaux moyens de communication et d'information, le service public se déployant dans ces domaines. On ne peut donc pas fixer des territoires de production dans une loi.

Pour moi, le plus grave dans cette initiative, c'est qu'elle fixe aussi les canaux d'expression. Vous dites qu'une partie, qui relèverait du domaine audio, serait à Lausanne, par exemple – si on prend la Suisse romande – et ce qui touche à l'audiovisuel, à Genève. Or, hier, j'étais en train de regarder la télévision, comme encore un certain nombre d'entre nous dans ce pays, et je suis tombée sur "Forum", qui est une émission audio, mais qui passait sur RTS 2. Les frontières ont été, heureusement ou malheureusement – cela dépend des points de vue –, abolies. Si vous fixez non seulement les territoires, mais en plus les structures d'information dans la loi, vous signez à mon avis la mort, à terme, du service public.

On peut très bien imaginer que, dans quelques années, les podcasts, par exemple – qui sont une sorte de méthode audio permettant de produire des contenus d'information – soient à Genève et que, à Lausanne, une émission radio se retrouve sur des canaux télévisuels. Le monde est en train de changer, et si la SSR ne se résout pas non seulement à accompagner ce changement, mais aussi à l'anticiper, elle signe à terme son arrêt de mort, et ce serait dommage que nous y contribuions.

Je pense que ce débat est justifié. Les questions sont posées à la SSR, qui les prend manifestement très au sérieux, vu le nombre de personnes qui ont participé aux auditions de la Commission des transports et des télécommunications. Mais la réponse proposée n'est pas bonne; elle est contre-productive et ira à l'inverse, à mon avis, du souhait que vous manifestez.

Si nous nous prononçons sur cette initiative, je vous invite à renoncer à la soutenir en l'état.

Graber Konrad (C, LU): Noch vor dem Entscheid des SRG-Verwaltungsrates habe ich mit der Spitze der SRG

AB 2019 S 371 / BO 2019 E 371

gesprochen und meine Bedenken, die Kollege Vonlanthen hier artikuliert hat, vor allem im Bereich Reputation, Image usw. platziert. Wir haben im Nachgang dann auch noch eine Anhörung in der KVF durchgeführt; das





war noch vor der Behandlung der Initiative Vonlanthen. Auch dort war die Stimmung, sagen wir einmal, nicht euphorisch gegenüber diesem Projekt. Und trotzdem hat der SRG-Verwaltungsrat so entschieden. Offensichtlich – das ist mein Schluss – haben unternehmerische Argumente überwogen. Nun bin ich der Auffassung, dass es nicht an uns liegt, unternehmerische Entscheide hier politisch zu korrigieren – und dann noch legislatorisch. Das sieht das Governance-Modell der SRG nicht vor, und wenn wir das tun, dann laufen wir Gefahr, dass wir jeden Entscheid der SRG-Spitze hier legislatorisch diskutieren oder bekämpfen. Der Ständerat darf nicht quasi ein Über-Verwaltungsrat oder ein Super-Verwaltungsrat werden. Das geht aus meiner Sicht nicht. Zu einem weiteren Punkt: Wir müssen darauf schauen, dass wir nicht den Blick für das Wesentliche verlieren. Tatsächlich ist Standortpolitik ein wichtiges Thema für die Politik. Wichtig sind aber die Produkte, hier sind das in der Regel die Sendungen. In erster Linie ist es wichtig, dass diese in der Schweiz produziert werden und dass sie qualitativ überzeugen. Die Initiative verkennt aus meiner Sicht, dass die Medienlandschaft sich nicht nur in einer Evolution befindet, sondern wohl eher in einer Revolution, wenn nicht sogar in einer Disruption. Kollege François hat darauf hingewiesen.

Mit der Initiative blockieren wir die SRG-Führung. Heute sieht das RTVG in Artikel 27 bereits vor, Kollege Vonlanthen hat das bereits zitiert: "Die Programme der SRG müssen überwiegend in der Sprachregion produziert werden, für welche sie bestimmt sind." Aus meiner Sicht ist diese gesetzliche Bestimmung eingehalten. Wir blockieren uns auch für die Zukunft: Das Mediengesetz, zu dem ja die Vernehmlassung abgeschlossen wurde, sieht in Artikel 25 sechs Absätze vor, in denen die regionalpolitische Ausrichtung dargestellt wird. Nach meinem Empfinden braucht es nicht noch einen Absatz 7, wie es die Initiative vorschlägt.

Wenn wir uns überlegen, dass der Bundesrat mit einer Vorlage für das Mediengesetz kommt und parallel dazu noch eine parlamentarische Initiative lanciert wird, dann, muss ich Ihnen sagen, können wir nur im politischen Chaos enden – eine solche Übung hat sich noch nie bewährt. Vor allem verlieren wir den Blick fürs Wesentliche. Mir ist keine Firma bekannt, bei der der Produktionsstandort über den Erfolg ihrer Produkte entschieden hat; ich nehme hier mal die Swissness aus.

Der Vorstoss wurde im Ständerat, aber auch im Nationalrat mehrfach eingereicht, mit identischem Wortlaut. Das spricht ja dafür, dass hier Hinterleute am Werk sind. Ich will, wenn ich jetzt den Inhalt korrigiere, nicht unseren Kollegen Vonlanthen kritisieren, weil das handwerkliche Geschick dieser Initiative, muss ich sagen, nicht überzeugt. Ich nehme da unseren Kollegen ausdrücklich aus. Erstens ist es falsch, im Gesetz zu verankern, wo was produziert wird, und das in einer Phase der medialen Disruption. Dann müsste man noch daran erinnern, dass bei einer Gesetzesänderung auch noch die Referendumsmöglichkeit besteht. Diese Initiative hat in einer Abstimmung das Potenzial eines medienpolitischen Spaltpilzes.

Wer fordert, dass das audiovisuelle Angebot auf Zürich, Bern, Genf und Lausanne aufzuteilen ist, versteht wenig von der Schweiz. Was ist das für ein Bild der Schweiz? Was ist das für ein Weltbild, das die Schweiz auf Zürich, Bern, Genf und Lausanne aufteilt? Da kommt mir die Weltausstellung in Sevilla in den Sinn mit dem Motto "La Suisse n'existe pas".

Ich befürchte, dass bei einer Annahme der Initiative die Auswirkungen in den Regionen zu tragen wären; auswärtige Korrespondenten und Regionaljournale hätten die Zeche zu bezahlen. Für die regionale Versorgung sind heute die Regionaljournale Bern/Freiburg/Wallis oder Zentralschweiz, Ostschweiz, Graubünden usw. viel entscheidender als die Frage, wo etwas produziert wird. Hier haben wir ja den regionalen Ansatz, und den möchte ich unbedingt bewahren. So habe ich auch Verwaltungsratspräsident Cina verstanden: Der regionalpolitische Aspekt soll behalten werden, insbesondere auch über die Regionaljournale.

Klar können Sie den Text bei der Ausarbeitung der Initiative noch modifizieren. Das wird uns dann aber zu einer NFA-ähnlichen Herkulesaufgabe führen. 26 Kantone werden versuchen, sich alle etwas vom SRG-Kuchen abzuschneiden. Ich würde mich dafür einsetzen, dass die Zentralschweiz besser bedient wird, andere Kollegen werden sich für ihre Regionen einsetzen. Das wird eine Auseinandersetzung geben, vor der ich warnen möchte.

Ich komme zum Schluss: Die Initiative überzeugt nicht, weil sie nicht dem bestehenden Governance-Modell entspricht, weil wir und die SRG den Blick für das Wesentliche verlieren und uns gegenseitig blockieren würden und weil die Initiative Sprengstoff für eine mediale Teilung der Schweiz beinhaltet.

Ich bitte Sie, dieser Initiative keine Folge zu geben.

Müller Damian (RL, LU): Wie Sie sicher aus früheren Stellungnahmen wissen, bin ich ein ausgesprochener Verfechter eines medialen Service public. Oder anders gesagt: Ich bin ein klarer Befürworter einer starken SRG. Ich bin aber auch ein überzeugter Liberaler, und als solcher vertrete ich die Haltung, dass es nicht Sache des Staates ist, in firmeneigene Entscheidungen einzelner Unternehmen einzugreifen, auch dann nicht, wenn diese Unternehmen relativ staatsnah sind beziehungsweise staatspolitische Aufgaben zu erfüllen haben. Das



ist bei der SRG zweifellos der Fall, hat sie doch klare Aufgaben zu erfüllen, die die Politik diesem Unternehmen übertragen hat.

Die Aufgaben der SRG sind in den gesetzlichen Rahmenbedingungen und in ihrem Leistungsauftrag festgelegt. Dieser Leistungsauftrag hat in den letzten Jahren viel zu reden gegeben, und die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Auch bei der No-Billag-Abstimmung letztes Jahr hat die Bevölkerung zwar klar Nein gesagt, aber ebenso klar "Nein, aber" und Veränderungen von der SRG gefordert. In seinem Bericht vom 17. Juni 2016 mit dem Titel "Bericht zur Überprüfung der Definition und der Leistungen des Service public der SRG unter Berücksichtigung der privaten elektronischen Medien" kommt der Bundesrat zum Schluss, dass sich, ich zitiere aus der Medienmitteilung, "für unsere von sprachlicher und kultureller Verschiedenartigkeit geprägte direkte Demokratie das bestehende Modell mit der SRG als grosser, in allen Sprachregionen verankerter Anbieterin bewährt hat und dieses den Service public in hoher Qualität gewährleistet".

Der Bundesrat hält es also für nötig, dass die Anforderungen an die SRG verschärft werden müssen, um die Jungen besser zu erreichen. Gleichzeitig hat er inzwischen die Gebühren gesenkt und plafoniert. Mit keinem Wort aber erwähnt der Bundesrat die Standortfrage – sehr zu Recht, denn die Standortfrage ist eine rein unternehmerische Frage, eine Frage, die weder das Programm an sich noch dessen Inhalte per se betrifft.

Wenn sich nun also der Verwaltungsrat der SRG dafür ausgesprochen hat, einen wesentlichen Teil der heutigen Radioredaktion von Bern nach Zürich zu verschieben, ist das ein klarer unternehmerischer Entscheid; und wir können es hier bedauern, dass eine gewisse Anzahl von Radiomitarbeiterinnen und -mitarbeitern in absehbarer Zeit einen anderen Arbeitsort hat. Aber es ist sicher nicht an uns, dem Unternehmen vorzuschreiben, wie es mit den Finanzen umzugehen hat und wie es sich in der digitalen Medienwelt organisatorisch aufzustellen hat. Wenn also in einem Medienumfeld, das sich stark verändert, wenn bei gleichem oder – in Anbetracht der rückläufigen Werbeeinnahmen – kleinerem Budget mehr und bessere Leistungen erwartet werden und wenn das öffentliche Medienhaus sein Publikum mit neuen digitalen Angeboten auch in Zukunft erreichen will, dann muss irgendwo gespart werden. Wenn dies bei der Infrastruktur, bei den Immobilien, passiert, dann ist das ein Entscheid, der zumindest aus unternehmerischer Sicht durchaus zu vertreten ist und dem Publikum zugutekommt.

Es ist ja sicher nicht unsere Sache, zu beurteilen, ob mit dieser Massnahme nun viele oder wenige Mittel freigeschaufelt werden, die dann wiederum für andere Zwecke eingesetzt werden können. Nach eigenen Angaben will die SRG im Immobilienbereich in der Deutschschweiz immerhin rund 12 Millionen Franken einsparen, davon 7 Millionen in

AB 2019 S 372 / BO 2019 E 372

Zürich und 5 Millionen in Bern. Hier muss uns daran gelegen sein, und auch da bin ich absolut mit dem Bundesrat einig, dass der Service public unsere sprachliche und kulturelle Verschiedenheit weiterhin seriös abbildet und damit gewährleistet. Das hier und heute infrage zu stellen würde uns völlig überfordern.

Anzeichen dafür, dass sich die SRG von der *Idée Suisse* verabschiedet hat, wie das Kollege Vonlanthen sagt, kann ich beim besten Willen nicht erkennen. Mit 7 Haupt- und 17 Regionalstandorten ist die SRG dezentral aufgestellt wie wohl kein anderes Medienunternehmen in der Schweiz, und daran wird sich auch nichts ändern. Die SRG will im Gegenteil das Korrespondentennetz in der Deutschschweiz noch weiter ausbauen. Auch kann nicht behauptet werden, der Medienplatz Schweiz werde bis zur Bedeutungslosigkeit heruntergefahren; nach wie vor werden rund 50 Journalisten bei Swiss Info arbeiten sowie 25 in den vier sprachregionalen Bundeshausredaktionen tätig sein und auch in Zukunft über das bundespolitische Geschehen in Bern berichten. Es muss also niemand Angst haben, dass wir hier nicht mehr wahrgenommen werden.

Weiterhin werden rund 20 Journalistinnen und Journalisten für das Regionaljournal Bern/Fribourg/Wallis berichten und 40 in der Inlandredaktion. Dazu will die SRG eine mehrsprachige Redaktion mit rund 15 Journalistinnen und Journalisten in Bern aufbauen. Das habe ich infolge dieser parlamentarischen Initiative in Gesprächen mit der SRG erfahren. Das zeigt: Mit den Leuten zu sprechen gibt schlussendlich auch eine Rückmeldung, die vielleicht verhindert, dass der eine oder andere Vorstoss überhaupt produziert wird.

Ich glaube, wir sollten ebenso viel Vertrauen in die Unternehmensleitung der SRG haben, wie wir es anderen grossen Unternehmen entgegenbringen. Kummer auf Vorrat ist aus meiner Sicht jedenfalls nicht angebracht. In diesem Sinne gibt es für mich auch keine Notwendigkeit, von staatlicher Seite in die Unternehmensführung der SRG einzugreifen. Lassen wir die SRG sich verantwortungsvoll reformieren und effizienter werden – und dies ist bereits eine wirklich schwierige Art von Situation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ich bitte unseren Kollegen Vonlanthen, dass er, wie er bereits am Anfang gesagt hat, vorerst seine Initiative nicht zurückzieht. Ich lade Sie ein, die eben nicht zurückzuziehen, damit wir in diesem Rat – und wir debattieren seit 18.05 Uhr – demokratisch entscheiden können. Kollege Graber hat es gesagt: Wir können entscheiden,



ob wir einen Spaltpilz haben bzw. Sprengstoff zünden wollen oder nicht.

Ich lade Sie ein, dies nicht zu tun und entsprechend die parlamentarische Initiative von Kollege Vonlanthen abzulehnen.

Stöckli Hans (S, BE): Die entscheidende Frage wurde sowohl von Kollega Graber wie auch von Herrn Müller gestellt, nämlich: Ist die Frage des Standortes eine unternehmerische Frage, oder hat sie noch eine tiefere Bedeutung? Diese Frage müssen wir heute beantworten. Wenn wir zum Schluss kommen, dass der Standort der Unternehmung der SRG hauptsächlich ein unternehmerischer Entscheid ist, dann bin auch ich Ihrer Meinung, dass es nicht am Parlament ist, dieser Unternehmung zu sagen, wo sie ihre Standorte haben soll. Um diese Fragestellung dreht sich alles.

Ich bin klar der Meinung, dass die SRG als gebührenfinanzierte Organisation nicht eine unbegrenzte unternehmerische Freiheit hat. Es ist die Pflicht unserer Politik, die Rahmenbedingungen zu setzen und dort einzugreifen, wo sich die SRG von ihrem öffentlichen Auftrag entfernt. Die SRG hat die Absicht, Zentralredaktionen einzuführen. Das ist des Pudels Kern. Es geht um die Frage, wie künftig gesteuert wird, ob nach Output oder Input gesteuert wird.

Wir kennen von den Medienhäusern, die sich gebildet haben, die outputgesteuerten Medien, welche Bekanntes aufwärmen und daraus Wiederholungen bilden in einer Art und Weise, dass es den Anschein hat, sie hätten etwas Neues entdeckt. Ihnen geht aber dann klar die Wichtigkeit der seismografischen Erfassung der Themen ab. Ihr Output entspricht dann nicht mehr den Gepflogenheiten, nicht mehr dem, was wir brauchen, um aus der schwierigen Situation, die wir haben, die richtigen Informationen zu bekommen. Es gibt viele Beispiele, vor allem auch im Ausland, bei denen die Medien, auch die elektronischen Medien, die Entwicklungen nicht erkannt haben, etwa bei den "gilets jaunes", beim Brexit oder bei der Pegida. Dementsprechend sind wir darauf angewiesen, dass wir über elektronische Medien verfügen, die eben lokal verankert sind.

Wir wollen, dass die Radioinformationsabteilung weiterhin als inputgesteuertes Gegengewicht zum Zürcher schwarzen Loch besteht, ebenso wie das Studio in Genf. Eine zentralisierte SRG ist in einer föderalistischen, demokratischen Gesellschaft wie der Schweiz die Antithese eines funktionalen Service public. Dementsprechend brauchen wir diese parlamentarische Initiative, um die Standorte zu definieren. Bei einer Zentralisierung der Informations- und Sendungsredaktionen wird dann beispielsweise immer in Lausanne oder Zürich entschieden, über welche Themen und in welcher Form berichtet wird. Bei allen Inhalten und Infosendungen von Radio, Fernsehen und online droht ein Einheitsbrei. Die SRG schafft damit die Binnenkonkurrenz innerhalb der Unternehmung ab und bietet in der deutschen Schweiz alles aus einem Guss an – eben, aus der Zürcher Zentrale, gleich wie das Tamedia, Ringier oder die NZZ bereits heute tun.

Wir brauchen in unserem föderalistischen Staat eben auch Föderalismus in der Berichterstattung. Selbstverständlich prägt der Standort, der Wohnort auch das Verhalten einer Journalistin, eines Journalisten. Dementsprechend brauchen wir diese Verbindlichkeit durch die gesetzliche Grundlage. In der deutschen Schweiz gelten die Informationssendungen des Schweizer Radios aus Bern als die glaubwürdigsten der Schweiz, und die Sendungen "Echo der Zeit", "Rendez-vous", "Samstagsrundschau" usw. figurieren in den Qualitätsratings zuoberst. Mit dem Umzug der Redaktionen von Bern nach Zürich in den gemeinsamen Newsroom mit TV- und Online-Produktion zerstört die SRG eine Institution, die von uns und auch vom Publikum hochgeschätzt wird; und das, denke ich, müssen wir verhindern.

Ich bin deshalb klar der Meinung, dass wir hier mit der Unterstützung der parlamentarischen Initiative Vonlanthen die Rahmenbedingungen setzen müssen.

Cramer Robert (G, GE): Tout d'abord, je dois remercier Monsieur Beat Vonlanthen d'avoir déposé cette initiative parlementaire, parce que si elle était venue d'un Bernois ou d'un Genevois, elle aurait eu peut-être quelque chose de partisan. C'est une bonne chose que ce soit un autre collègue qui ait déposé cette initiative.

Et puis, cela me donne l'occasion de vous dire ici, en toute subjectivité, quel est le sentiment qui peut prévaloir à Genève actuellement. C'est un sentiment de profonde incompréhension. Et pour arriver à en prendre la mesure, il faut effectivement faire un peu d'histoire, comme Madame Savary a entrepris de le faire. Historiquement, il existait deux radios importantes en Suisse romande, Radio Lausanne et Radio Genève. C'est dans ces circonstances que la télévision est née, à travers un certain nombre de pionniers qui ont développé la télévision depuis Genève. Genève s'est finalement trouvée pourvue et de la chaîne de télévision suisse romande et de Radio Genève. A ce moment-là, les prédécesseurs de la SSR, qui s'appelait autrement, ont décidé qu'il serait raisonnable de rassembler les forces, en concentrant la radio à Lausanne et en laissant la télévision à Genève. L'attitude des autorités genevoises n'a pas été de combattre cela, en exigeant, d'avoir un grand pôle à Genève, comme on est en train de l'imaginer maintenant. On aurait pu dire, à Genève: "Il faudrait, puisqu'on



a déjà la télévision et la moitié de la radio, que l'on mette toute la radio à Genève et que l'on crée à Genève le centre de l'information de Suisse romande." Eh bien, telle n'a pas été l'attitude des Genevois. Ils ont dit qu'une diversification des lieux de production de l'information avait du sens.

Genève a encouragé le projet de création de la radio à Lausanne, qui a débouché sur la construction de la tour de La Sallaz, ce monument lausannois qui surplombe la ville, et a encouragé aussi le projet de la SSR en mettant à disposition gratuitement – et c'est toujours le cas – les terrains sur lesquels se trouve aujourd'hui le bâtiment de la télévision.

AB 2019 S 373 / BO 2019 E 373

Vous comprenez par conséquent que l'on ressent une forte incompréhension en voyant que l'information radiophonique, qui a été concentrée à Lausanne, pourrait maintenant être entièrement déplacée à Lausanne. Cette incompréhension n'est pas liée seulement au fait que l'on souhaite posséder telle ou telle chose, mais également à la raison qui avait présidé à l'époque au choix des deux sites, c'est-à-dire à la volonté de diversification des lieux de production de l'information.

Cela a un sens dans notre pays qu'il y ait un lieu où l'on produise l'information en rapport avec la Genève internationale, avec le siège européen de l'Organisation des Nations Unies, avec tous les secrétariats qui gravitent autour de ce siège. Cela a un sens qu'il y ait également des journalistes qui produisent de l'information. Quand notre collègue Olivier Français parle de concentration de la diffusion, ce ne seraient pas des machines que l'on concentrerait mais des êtres humains. Comme la SSR s'exprime assez peu sur ce que cela signifie, il faut écouter ce que disent les syndicats: ils disent que ce sont environ 300 personnes qui sont concernées, dont 200 journalistes, soit 250 personnes qui travaillent dans le domaine de l'information plus un certain nombre de techniciens, j'imagine. Cela représente bien environ 300 personnes.

Ces 300 personnes qui partent, cela a bien sûr des conséquences sociales. Mais ce sont surtout 300 personnes qui vivent à proximité de différentes sources d'information qui iront vivre ailleurs. Ce sont 300 personnes qui côtoient au quotidien ceux qui font l'actualité internationale et locale, qui ne vont plus les côtoyer, simplement parce qu'elles seront plus loin physiquement. Donc c'est une perte au niveau de la qualité de la récolte d'information et également, bien sûr, au niveau des informations dont on peut bénéficier dans ce pays et à l'étranger. C'est de cela que l'on parle! Ce n'est pas de questions techniques, ce n'est pas de questions d'économie de moyens. Ce dont on parle, c'est de la qualité de l'information, et la qualité de l'information est en lien avec le lieu où on la produit, et avec le lieu où, physiquement, les journalistes se trouvent. Ce sont ces raisons qui ont conduit au fait que, à l'époque, on ait fait le choix des deux sites de Genève et Lausanne. Ces raisons sont toujours valables aujourd'hui.

A ces considérations j'aimerais en ajouter une autre. Quelque chose dont on ne parle jamais, mais à quoi je suis particulièrement sensible, c'est la cohésion confédérale. Genève a cette particularité géographique, comme Schaffhouse, d'être un canton totalement enclavé dans un Etat étranger. Genève se trouve dans une certaine situation géographique, et je conçois assurément qu'il puisse parfois être un peu fastidieux pour nos collègues fribourgeois, jurassiens, neuchâtelois ou valaisans, de devoir faire le voyage jusqu'au bout du lac; il serait plus commode que les déplacements soient plus courts. Et je conçois même que, pour ces collègues le fait d'être, de temps en temps, confrontés à ces Genevois qui ont les défauts de leurs qualités, donc qui en certaines circonstances peuvent se montrer difficiles à fréquenter, voire insupportables, ne doit pas toujours être agréable. Eh bien, mes chers collègues, vous devez savoir que votre présence dans ce canton du bout du lac est une présence bénéfique.

Vous devez savoir que, chaque fois que vous vous déplacez à Genève, vous contribuez à inscrire Genève dans une réalité romande et confédérale. Vous devez savoir que votre présence contribue à ouvrir l'esprit, à tout le moins des politiciens genevois et – je l'espère – d'une partie des Genevoises et des Genevois, aux préoccupations qui sont celles du pays. Et ce que je dis pour Genève, cette ouverture liée aux différents sites de production de l'information est, j'en suis convaincu, également valable pour Berne et Zurich.

Vous voyez donc que je considère que, dans cette chambre, qui doit être sensible à l'esprit confédéral, on doit être attentif au fait que tous les coins du pays sont également concernés par l'information et faire en sorte de ne pas en marginaliser une partie.

Les Genevois ont, malheureusement, un peu trop tendance à être égocentriques. S'il vous plaît, ne les aidez pas à l'être encore plus. Aidez-les à être un peu mieux en phase avec les réalités de notre pays, et que faire de mieux pour cela que d'avoir des sites de production d'information romande et nationale à Genève.

Ce sont les raisons pour lesquelles je vous recommande de soutenir, en lui donnant suite, l'excellente initiative parlementaire de notre collègue Vonlanthen.



Luginbühl Werner (BD, BE): Erlauben Sie mir, die Geschichte dieses Entscheides der SRG ganz kurz aus einer etwas allgemeinen Optik zu beleuchten.

Die Abstimmung liegt etwas mehr als ein Jahr zurück. Ich habe mich damals engagiert und mit Überzeugung für eine starke, vielfältige, qualitativ hochwertige, föderale, dezentrale und solid finanzierte öffentlich-rechtliche Radio- und Fernsehanstalt eingesetzt. Die Abstimmung verlief positiv.

Was hätte man nach diesem Abstimmungsergebnis, das letztendlich deutlich war, von der SRG-Führung erwarten dürfen – dies umso mehr, als in dieser Führung ja nicht nur Technokraten sitzen -? Aus meiner Sicht vor allem eine saubere Analyse: Was bedeutet dieses Resultat aus einer übergeordneten staatspolitischen Warte für die SRG? Wo gibt es, gestützt auf dieses Resultat und gestützt auf das, was im Abstimmungskampf alles versprochen wurde, No-gos, an denen es nichts zu rütteln gibt? Und wo gibt es Handlungsspielräume?

Zusätzlich hätte ich erwartet, dass sich die SRG-Führung angesichts des enormen Wandels in der Medienlandschaft, angesichts des Konzentrationsprozesses auch die Frage gestellt hätte: Wo können und wo müssen wir, entgegen den Trends bei den privaten Medien, die öffentlich-rechtliche Anstalt ganz bewusst anders positionieren? Wo müssen wir Gegensteuer geben? Sobald man diese Analyse gemacht hätte, hätte man sich an die Umsetzung der organisatorischen Planung machen können.

Was hat die SRG-Führung stattdessen gemacht? Sie hat in einem überstürzten und unnötigen Kniefall gegenüber den Abstimmungsverlierern kurz nach der Abstimmung überhastete Sparmassnahmen präsentiert. Sie hat damit ganz klar organisatorische und betriebswirtschaftliche vor übergeordnete staatspolitische Überlegungen gestellt. Was macht die SRG auch noch? Sie macht das, was alle Medien machen: Sie zentralisiert in Zürich.

Es kam heraus, wie es meistens herauskommt, wenn die Analyse fehlt oder zu wenig gründlich gemacht wurde: Die Entscheide sind falsch. Wenn die SRG die staatspolitischen Hausaufgaben nicht macht, ist es Aufgabe der Politik einzugreifen.

Ich bitte Sie, die parlamentarische Initiative Vonlanthen zu unterstützen.

Rieder Beat (C, VS): Über den Wolf und die SRG lässt sich trefflich diskutieren. Wenn Sie etwas Intelligentes zur SRG sagen wollen, dann müssen Sie sich jetzt anstrengen. Ich versuche es, mich anzustrengen, denn ich habe hier sehr oft zwei Begriffe gehört, nämlich "unternehmerischer Entscheid" und "Nichteinmischung in diesen Entscheid".

Als Nichtmedienpolitiker habe ich mich im Vorfeld dieser Debatte ein wenig mit der Struktur der SRG befasst. Wäre die SRG eine private Aktiengesellschaft, die einzig ihren Aktionären verpflichtet wäre, dann würde ich diese Debatte hier nicht führen und gegen die parlamentarische Initiative Vonlanthen stimmen, und ich könnte auch alle Argumente der Kommissionsmitglieder nachvollziehen. Aber die SRG ist ein Verein. Ein Verein! Dieser Verein wird mit staatlichen Gebühren finanziert, und der Chef dieses Vereins wird vom Bundesrat ernannt. Innerhalb dieses Vereins gibt es Trägerschaften mit 24 000 Vereinsmitgliedern. Die SRG ist diesen Vereinsmitgliedern verpflichtet. Diese Trägerschaften stellen sicher, dass die SRG eine dezentrale, vielfältige Programmproduktion in allen Regionen der Schweiz vorsieht. Das finden Sie alles im Papier "Vereinsstrategie. Mission, Ziele, Finanzierung" der SRG.

Eine dieser Trägerschaften – nicht irgendwelche obskure Gestalten, sondern eine dieser Trägerschaften, nämlich die Trägerschaft Bern/Freiburg/Wallis als drittgrösste Trägerschaft mit mehreren Tausend Vereinsmitgliedern – fühlt sich in der Folge der Auseinandersetzung um die No-Billag-Initiative, ich

AB 2019 S 374 / BO 2019 E 374

sage es so: verschaukelt. Der Vergleich von Kollegin Savary – der enttäuschte Liebhaber – ist nicht richtig. Es handelt sich hier quasi um verheiratete Personen. Der Verein ist untrennbar verknüpft mit den Regionalgesellschaften. Das sind Vereinsmitglieder, die versuchen, die Ziele und Werte der SRG zu verkörpern und ihnen zum Durchbruch zu verhelfen.

In der Folge dieser Volksabstimmung fühlt sich nun eine dieser Trägerschaften nicht ernst genommen. Daher ist es nachvollziehbar, dass sie sich auch Luft verschafft – und jene Person, die sich hierzu bereiterklärt hat, ist Kollege Vonlanthen; das ist auch richtig so. Die SRG Bern/Freiburg/Wallis fordert einzig das ein, was man im Abstimmungskampf um die No-Billag-Initiative als Kernelement der SRG dargestellt und verteidigt hat, und zwar durch diese ganzen Trägerschaften. Hätte die SRG die Abstimmung vom März 2018 nicht überlebt, dann müssten wir diese Diskussion auch nicht führen. Vielleicht hat sie sie aber aufgrund dieser ganzen Trägerschaften überlebt, die sich für die SRG in der bisherigen Gestalt eingesetzt haben.

Damals im März 2018 hiess es bezüglich der Produktionsstandorte – und ich wiederhole gerne noch einmal das gesamte Zitat des Generaldirektors, denn Kollege Vonlanthen hat zwei, drei Sätze weggelassen -: "In





der Schweiz produzieren wir mit 1,65 Milliarden Franken in den vier Landessprachen – und wir produzieren überaus effizient. Wichtig für uns ist die hohe Dezentralisierung unserer Organisation. Die SRG hat Studios und Produktionsstätten in allen Regionen, weil wir den Schweizer Föderalismus perfekt widerspiegeln." An anderer Stelle sagte er: "Die SRG behauptet nicht, über ein Monopol auf Vielfalt und Medienqualität zu verfügen. Aber sie spielt eine Schlüsselrolle, weil sie ihre Ressourcen" – jetzt kommt es – "solidarisch zwischen den Regionen aufteilt. In diesem Sinne fördert sie tatsächlich die kulturelle und mediale Vielfalt" der Schweiz. Jetzt vergleichen Sie diese Ausgangslage mit den Entscheidungen, die die SRG meines Erachtens vorschnell und unter dem Eindruck eines Spardrucks getroffen hat.

Daher ist für mich diese parlamentarische Initiative nichts anderes als ein Warnsignal an die SRG-Führung, hier haltzumachen und die Sache noch einmal auch unter unternehmerischen Gesichtspunkten anzuschauen. Wenn man nämlich der Presse glauben kann, investiert die SRG munter weiter auch in Infrastruktur, und zwar an mehreren Standorten – in Millionenhöhe. Dadurch liesse sich auch diese Sparmassnahme beim Radiostudio Bern bzw. beim Regionaljournal Bern/Freiburg/Wallis nicht erklären.

Die SRG stellt durch ihren jüngsten Entscheid ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel und die Basis, die sie braucht, um zukünftig in unserer Medienwelt zu überleben. Daher werde ich dieser parlamentarischen Initiative Folge geben.

Levrat Christian (S, FR): Je suis heureux, c'est la moindre des choses, de constater que vous ne sous-estimez pas l'importance du débat lancé par l'initiative de notre collègue Vonlanthen. Mon intervention n'a pas principalement comme objectif de défendre un lieu spécifique, même s'il s'agit en l'espèce de la capitale fédérale, même si au cours de l'histoire il a souvent fallu la défendre et rappeler que le pôle de notre vie politique était ici à Berne et non pas à Zurich ou Genève, et même si la SSR n'a accepté que très récemment de mener ses émissions politiques les soirs de votations et d'élections depuis Berne plutôt que depuis une banlieue zurichoise.

Il ne s'agit pas non plus pour moi de défendre des intérêts syndicaux, même s'ils sont en l'espèce importants. Les collaborateurs et collaboratrices de l'entreprise ne sont pas des pions que l'on déplace sur un échiquier. A l'heure où l'on se plaint des trajets excessifs des pendulaires, on peut se poser la question de savoir s'il est raisonnable que la SSR amplifie encore le phénomène en déplaçant les uns de Berne à Zurich, les autres de Zurich à Bâle, les troisièmes de Genève à Lausanne et les quatrièmes de Lausanne à Genève.

La question qui est posée est, fondamentalement, un peu différente; c'est celle de la diversité des médias – cela a été abordé à plusieurs reprises –, de leur diversité ou, à l'inverse ici, de leur concentration. Le déplacement du département actualités de Berne à Zurich dans le cadre de la radio alémanique appauvrira le paysage médiatique alémanique. Je considère pour ma part que c'est un coup dur qui accélèrera le phénomène de concentration. Après la reprise du "Bund" et de la "Berner Zeitung" de Berne et de la "Basler Zeitung" de Bâle par le "Tages-Anzeiger" de Zurich, après le rapprochement des journaux de Suisse orientale et de Suisse centrale avec les éditeurs zurichois et argoviens, on peut légitimement se poser la question de savoir s'il est indispensable, raisonnable ou même acceptable de suivre le même chemin pour la SSR. Ma réponse est non. Pour moi, si l'"idée suisse" veut dire quelque chose, c'est, au minimum, qu'il faut maintenir une présence forte dans la capitale fédérale, la maintenir aussi – cela a été très bien illustré par Monsieur Cramer dans le cas genevois –, parce que le génie d'un lieu influence le caractère de ses habitants, que le regard que l'on porte sur le monde n'est pas toujours ni forcément le même sur les bords de l'Aar ou sur les bords de la Limmat.

J'aimerais vous dire aussi que je ne partage pas les arguments selon lesquels on ne se mêlerait pas de la destinée d'une entreprise publique. Il s'agit d'une association – cela a été rappelé –, que l'on soutient à hauteur de 1,2 milliard de francs, et je n'ai pas vu les défenseurs de l'économie privée faire preuve des mêmes vertus lorsqu'étaient concernés, par exemple, des centres de tri de la Poste dans les régions périphériques, des centres CFF dans ces mêmes régions ou lorsqu'il s'agissait de débattre de l'implantation d'emplois liés à l'armée suisse. Il paraît évident, dans ces cas, qu'il s'agit d'une affaire politique. Le monde politique peut avoir un regard là-dessus, même si au final ce n'est pas lui qui porte la responsabilité primaire.

Donc vous m'aurez compris: je ne pense que du mal de cette décision de la SSR et je pense qu'il est aussi assez maladroit, de la part de la direction de l'entreprise, d'avoir transformé ce débat en test sur ses capacités de réforme interne. Parfois, un pas en arrière peut permettre de décrisper la discussion et d'ouvrir la voie à d'autres solutions. Cela vaut certainement pour la direction de la SSR, mais peut-être aussi pour notre conseil. L'initiative parlementaire Vonlanthen correspond à cinq textes similaires qui sont pendants au Conseil national, qui les traitera durant cette session. Il s'agit d'initiatives parlementaires déposées par les présidents du PDC, des Verts, du PBD et de l'UDC ainsi que par le vice-président du PS. Ces textes vont précisément dans la même direction que celui présenté par Monsieur Vonlanthen. Ils seront traités lors de cette session ou, au



pire, de la prochaine au Conseil national. Il convient dès lors de se poser la question de savoir s'il n'est pas raisonnable d'attendre le verdict de l'autre conseil et de traiter cette affaire, le cas échéant, lorsque les textes du Conseil national seront soumis à notre sagacité.

La sagesse légendaire du Conseil des Etats devrait nous conduire à poser la question d'un retrait, aujourd'hui, de l'initiative parlementaire Vonlanthen. Et qui sait, peut-être que, dans l'intervalle et grâce à l'intensité de notre discussion, la SSR trouvera une voie qui permette de réunir l'ensemble de ses alliés. Car l'immense majorité d'entre vous – et vous l'avez tous souligné aujourd'hui dans vos prises de parole – s'est battue pour la SSR, pour un système de service public financé par la redevance, et ce n'est pas le moindre des paradoxes qu'à peine une année après le débat et la votation sur l'initiative "No Billag", nous nous déchirions ici sur l'avenir de la SSR et sur l'orientation qu'il convient de lui donner. Peut-être que l'habileté voudrait que la SSR cherche elle aussi, hors du débat politique et en profitant du temps que nous gagnerions grâce au retrait de l'initiative parlementaire Vonlanthen, si son auteur y souscrivait, d'autres solutions pour éviter qu'au final ses alliés se déchirent au sein du Conseil des Etats ou au sein du Conseil national.

Pour moi, la sagesse voudrait que nous actions ce débat, que nous constatons qu'il a été mené avec sérieux, avec engagement et avec une certaine émotion, mais qu'il n'est peut-être pas dans l'intérêt de l'entreprise ni dans celui du monde politique suisse de le trancher aujourd'hui. Il conviendrait d'attendre dans un premier temps que le Conseil national se prononce, d'utiliser le temps à disposition pour trouver des solutions autres qu'un arbitrage politique et donner à la

AB 2019 S 375 / BO 2019 E 375

SSR la marge de manoeuvre qui lui permettrait de sortir la tête haute de cette discussion.

Lombardi Filippo (C, TI): Es ist schön, eine zweistündige Debatte zu führen, um dann zum Schluss zu kommen, die Initiative sei zurückzuziehen, wie man es schon vorher geplant hatte. Das kann man immer tun, der Ständerat ist sehr geduldig, das passt hier sehr gut, denn wir haben nicht die Regeln des Nationalrates zur Einschränkung der Debatten.

Die Initiative Vonlanthen ist unvollständig – ich muss es sagen. Ich hätte mehr erwartet, Herr Vonlanthen. Wenn Sie, bezugnehmend auf Artikel 27 RTVG, nicht nur Vorgaben zu den Sprachregionen machen wollen, sondern auch die Standorte definieren wollen, dann hätten Sie uns sagen müssen, in welcher Stadt die Radioprogramme auf Italienisch und in welcher Stadt die Fernsehprogramme auf Italienisch produziert werden müssten. Viel gewichtiger ist, dass Sie auch hätten sagen müssen, in welcher Stadt die Online-Programme der SRG produziert werden, denn wir wissen, dass das die Zukunft ist und wahrscheinlich nicht die Radio- und Fernsehprogramme.

Ich sage das, weil es grundsätzlich einfach konzeptuell falsch ist – es wurde hier mehrmals von Newsrooms usw. gesprochen – zu sagen, wir, die Politik, müssten per Gesetz definieren, wo welche Produkte, welche Inhalte der SRG produziert werden müssen. Es ist klar, dass die Regionaljournale in den jeweiligen Regionen produziert werden – das bestreitet niemand. Wo aber die nationalen Inhalte für Radio, Fernsehen und den Online-Bereich produziert werden müssen, ist wirklich eine unternehmerische Entscheidung. Das hat nichts mit all dem zu tun, was hier gesagt wurde. Die Präsenz, die Verankerung der SRG im ganzen Land ist bekannt – Kollege Français hat es erwähnt: 7 Hauptstudios, 17 Regionalbüros. Daran wird nichts geändert. Die Konvergenz der Medien zwingt die SRG, sich andere Überlegungen zu machen, nämlich dazu, wo sie die Synergien zwischen den verschiedenen Medien am effizientesten nutzen kann, um weiterhin die besten Inhalte zu produzieren, aber die Kosten zu reduzieren.

Zu sagen, das sei ein Kniefall vor den Verlierern der No-Billag-Abstimmung, ist falsch, diese Aussage bestreite ich. Die Gewinner der No-Billag-Abstimmung haben während des ganzen Abstimmungskampfes gesagt, die SRG werde schlanker, werde effizienter. Der Bundesrat und die Bundesrätin haben die Gebühren gedeckelt. Der Markt geht jetzt noch einen Schritt weiter und reduziert regelmässig die Werbeeinnahmen der SRG. Es sind also nicht irgendwelche Bösewichte, welche die SRG zwingen, effizienter zu werden, sondern es ist eine absolut reife unternehmerische Überlegung. Gebührenfinanziert heisst nicht unwirtschaftlich.

Wir und auch die Privatverleger, die Herr Kollege Vonlanthen und ab und zu auch ich hier vertreten, haben immer darauf hingewiesen, dass privat produzierte Radio- und Fernsehprogramme 50 bis 80 Prozent weniger kosten könnten als die SRG-Programme. Genau dann, wenn die SRG versucht, das Entsprechende zu tun – nicht auf dem Buckel der Programme und Konsumenten, der Zuschauer und Zuhörer, sondern mit strukturellen Massnahmen –, will man sie sofort daran hindern. Es ist systemwidrig, es ist falsch, in diese Richtung zu argumentieren.

Ich bitte Sie, dieser parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.



Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Ich möchte nach dieser Debatte einfach meinem geschätzten Kollegen Levrat widersprechen. Wenn man will, dass man hier und heute nicht über die Initiative abstimmt, dann hätte man das schon am Anfang sagen können. Dass diese Initiativen im Nationalrat und im Ständerat hängig sind, weiss man seit Dezember des letzten Jahres; das ist ja nichts Neues. Dann wäre es zumindest ehrlich gewesen, zu sagen: "Nein, wir wollen das nicht jetzt und warten zuerst ab." In diesem Fall stellt man den Antrag, das Geschäft abzutraktandieren, statt zwei Stunden zu debattieren. Herr Kollege Vonlanthen hat auch schon eine Pressekonferenz zu diesem Thema abgehalten und dabei die Kommission und mich persönlich relativ massiv angegriffen. Er sagte, ich hätte ihn nicht zu Wort kommen lassen, dabei hat er in der Kommission 25 Minuten lang reden dürfen.

Ich fände es sehr gewöhnungsbedürftig, wenn wir heute nicht entscheiden könnten.

Vonlanthen Beat (C, FR): Ich bin sehr froh über diese sehr engagierte, breite und auch offene Diskussion hier im Plenum. Die Debatte zeigt mir auf jeden Fall, dass ich mit meiner Beurteilung nicht völlig einsam, nicht völlig quer in der Landschaft stehe.

Wir haben immer gesagt: Wir machen mit dieser parlamentarischen Initiative einen Alarmruf an die SRG-Spitze. Wir wollen, dass sie uns hört. Wir wollen, dass sie hört, dass sie nicht einfach blindlings die regionale Verankerung über Bord werfen kann. In diesem Sinne nehme ich den Aufruf von Kollega Levrat und auch den Aufruf an die Weisheit des Ständerates ernst und ziehe daher meine parlamentarische Initiative zurück.

Affaire à suivre: Ich glaube, mit der Behandlung der fünf parlamentarischen Initiativen (18.448, 18.450, 18.451, 18.456, 18.457), die noch im Nationalrat hängig sind, werden wir dann "à tête reposée" die Thematik weiter vertiefen können.

Ich denke, dass wir hier eine wichtige Diskussion geführt haben. Ich verlange, dass die SRG jetzt auch keine weiteren Massnahmen trifft, um diesen unternehmerischen Entscheid durchzusetzen, und wartet, bis die politischen Entscheide über diese parlamentarischen Initiativen getroffen sind.

Eder Joachim (RL, ZG): Ich kenne das Geschäftsreglement nicht, aber wir hatten eine sehr intensive Diskussion, und jetzt zieht der Initiator die Initiative zurück. Besteht eine Möglichkeit, dass wir abstimmen? Wenn diese Möglichkeit besteht, stelle ich den Antrag, dass wir abstimmen.

Le président (Fournier Jean-René, président): Cher collègue, malheureusement, le règlement ne prévoit pas de "forcer" un vote sur une initiative que l'auteur a retirée.

Je vous remercie pour ce passionnant débat. Nous avons pu sculpter les nuages durant deux heures. Je constate d'après vos discussions que le sujet n'est pas encore épuisé. Je vous souhaite une excellente soirée!

Zurückgezogen – Retiré

Schluss der Sitzung um 19.35 Uhr

La séance est levée à 19 h 35

AB 2019 S 376 / BO 2019 E 376